

Abgeordnete Dr.
igung durch die
munisten Blatte
verträge.
Hauptauschuß des
demokratischen Ab-
der evangelischen
me erwiderte, daß
evangelischen Lan-
schen Verhandlung
riorer Woche habe

achrichten.
t am Freitag, dem
der Gemeindehaus,
reihe der Evangeli-
über das „Abend-
ls den entscheidend-
bezeichnet. In der
t steht die Frage
r Abendmahlsfeier
verdient auch im
inationen und den
besondere Beach-



e abend (Dienstag)
ortbildungskursus
50 RM.)
Abends 8 1/2 U.
Bekannt, daß am
Horch bei uns ist.
eine 6tägige Frei-
Bundeswart
Näheres in den
0 Uhr: Frauenhilfe
v. Bodelschwinge
ends 8.15 Uhr, sin-
Richtbilder-Vortrag
feld über „Brand-
speisefalle von Ti-
n 8 Uhr am Feuer-
Der Brandmeister
e irgendwo stehen
Maurergesellschaft.

ethel.
geben Morija.

enfamen
n, Begonien,
licher, Rosen,
u. w.
andlung
Bielefeld.

auf Wunsch zu

t Ihnen gute
Teppiche
und
Deko-
rationen

und Peddigrohr

Rein
Aluminium-
Geschirre

öpfe, Kaffee-
kannen usw.

erke
Bielefeld.

geliefert.

und Weltpolitik:
alle in Bielefeld.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.80 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifenband 1.25 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 s je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 37. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 13. Februar 1930. | 12. Jahrgang.

Sorgen, das sind schlimme Gäste,
Kleben lähe, sitzen feste.
Mußt ihnen nur hurtig den Rücken dreh'n;
Wenn sie dich bei der Arbeit seh'n,
Bleibt ihnen nichts übrig als weiter zu geh'n.
Bierbaum.

Umschau.

Sarajewo und Theresienstadt. — Die Londoner Konferenz.
— Rom-Wien-Berlin. — Paris-Barthel-Kaval. —
Attentat in Mexiko. — Unruhen in China.

Die Enthüllung des Mörder-Gedenksteins in Sarajewo, die wir vor vierzehn Tagen ankündigten, ist inzwischen erfolgt. Obwohl sich die Belgrader Regierung äußerlich tunklicht im Hintergrund hielt, hat die halbamtliche Belgrader „Politica“ in einem Festausatz den Mord und den Mörder in einer Weise verherrlicht, daß die letzten Zweifel über die innere Verbundenheit des serbischen Volkes und seiner Regierung mit jener unheilvollen Tat schwinden müssen. Die „Feier“ selbst wurde — wie in der vergangenen Woche bekannt geworden ist — durch einen Trauergottesdienst eingeleitet, und der Präsident der Narodna Odbrana bezeichnete den Mörder als den „Würdigsten und Größten von uns. Ehre dem Selben Gabrielo Princip!“

Alle Welt tut nun über dieses Ereignis äußerst entrüstet. Aber man darf die internationale Entrüstung über Sarajewo nicht ernst nehmen, als sie es in Wirklichkeit ist. Was die Entente-Staaten zu ihrer geräuschvollen Stellungnahme gegen die Verherrlichung des Mörders Princip trieb, das war vor allem — ihr schlechtes Gewissen. Denn die Gedenktafel für Princip ist eine „Selbst-“ Ehrung ganz besonderer Art: — sie ist ein Urteilspruch über die verlogene Kriegsschuldpolitik der Gegnerstaaten. Dieser innerste Sinn der ganzen Angelegenheit wird übrigens von der Londoner Zeitung „Manchester Guardian“, die von jeher in ihrer freimütigen und ehrlichen Kampfesweise von den meisten anderen Erzeugnissen der Entente-Presse absteht, in vollem Umfang bestätigt. Der „Manchester Guardian“ schreibt:

„Der Schuß, den Princip am 28. 6. 1914 abfeuerte, hat nicht nur den Erzherzog Franz Ferdinand getötet, sondern auch zum Tod unzähliger unschuldiger Männer in der ganzen Welt beigetragen.“

Aber die Serben sind nicht die ersten, welche die Kriegsschuldfrage auf diese Weise zugunsten Deutschlands entscheiden. Die Gefängniszelle in Theresienstadt, in welcher der Mörder Princip während des Krieges gestorben ist, hat schon längst durch die Tschechoslowakei den Charakter eines Nationalheiligtums der Tschechen empfangen. Und die große Allee, durch die man von hier aus die Staatsstraße nach Prag erreicht, heißt — „Princip-Allee“, und zwar — wie man offen erklärt hat — zu Ehren des „Kämpfers und Märtyrers für die Freiheit der Tschechen!“

Wenn es unsere ehemaligen Kriegsgegner mit ihrer Entrüstung über die Sarajewoer Morderehrung also wirklich ernst meinen, dann sollten sie doch auch so ehrlich sein und die einzig mögliche Schlussfolgerung ziehen: — Streichung des Artikels 231 des Versailles Diktates, der nicht Princip und seine bekannten Hintermänner, sondern — Deutschland der Weltanschuld am Ausbruch des Weltkrieges bezieht.

Die Londoner Flottenkonferenz — von Abkündigung kann ja wohl keine Rede mehr sein — steht noch immer unter dem bleiernen Druck der französischen Machtansprüche. Inzwischen ist der englische Schatzkanzler Snowden (ebenfalls in einer Rundfunkansprache an das amerikanische Volk) dem heuchlerischen Abrüstungsgerede Tardieu entgegengetreten, wobei er unter anderem erklärte:

„Jede große Macht, mit Ausnahme Deutschlands, das unter Zwang abgerüstet hat, gibt heute viel mehr für Rüstungen aus, als vor dem Kriege. Die verschiedenen Nationen der Welt wenden jährlich 4.5 Milliarden Dollar (das sind 18.9 Milliarden Goldmark!) für Rüstungen auf, wovon 80% auf die europäischen Länder, 20% auf die Vereinigten Staaten und 20% auf die übrigen Erdteile entfallen.“

Auch die umworfene Erklärung des amtlichen Paris, daß Frankreich bereit sei, für eine „Humanisierung“ des U-Boothrieges einzutreten, wird von englischer Seite ins rechte Licht gerückt. Der Londoner „Observer“ schreibt nämlich, daß „schon im Jahre 1922 auf der Washingtoner Flottenkonferenz ein solcher Beschluß gefaßt

und angenommen worden wäre, daß es aber gerade Frankreich sei, das als einziger Unterzeichner jenes Vertrages die Ratifizierung unterlassen und somit den Vertrag zu einem toten Buchstaben gemacht habe“. Wie es um Frankreichs Flotten-„Abrüstung“ in Wahrheit beschaffen ist, geht übrigens auch daraus hervor, daß Frankreichs Flotte zur Zeit der Washingtoner sogenannten Abrüstungskonferenz 496 000 Tonnen umfaßte; inzwischen sind es 607 000 Tonnen geworden, und auf der Londoner „Abrüstungs“-Konferenz fordert Tardieu nicht weniger als 800 000 Tonnen!

An ein befriedigendes Ergebnis der Londoner Konferenz glaubt unter solchen und anderen Umständen wohl auch MacDonald nicht mehr. Das geht sehr eindeutig aus einer Ansprache hervor, die MacDonald beim Empfang der Abordnung des „Internationalen Frauenbundes für Frieden und Freiheit“ gehalten hat und wobei er sagte, daß „auch die Frauen (!) ihre nutzbringende Arbeit fortsetzen müßten, damit ihnen die Konferenz, die auf die jetzige folgen werde, größere Genugung bereite.“ Immerhin — führte er weiter aus — sei auf der Londoner Konferenz eine „geistige Annäherung“ erzielt worden, die einen größeren Erfolg darstelle als der tatsächliche Gewinn an Abrüstung in der einen oder anderen Schiffsklasse.

Ueber Wert oder Unwert dieser „geistigen Annäherung“ kann man natürlich streiten. Mussolini jedenfalls und seine Presse halten nicht viel davon. So schreibt das „Giornale d'Italia“ ganz offen, daß „einer der Hauptmängel der Konferenz die fehlende Vorbereitung sei und daß als Opfer der allgemeinen Ziellosigkeit auch die Leitung auf der Konferenz fehle“. Das Blatt fährt dann fort:

„Die Ereignisse sprechen für sich. Vor allem aber fehlt auf dieser Konferenz die Einheitlichkeit des Geistes bei den fünf Mächten, die an der Konferenz teilnehmen.“

Und so ist denn Italien inzwischen zur Tagesordnung übergegangen und hat mit Österreich einen Freundschafts- und Vergleichsvertrag unterzeichnet, der machtpolitisch zwar nicht gerade von welterschütternder Bedeutung ist, aber dessen Wert im Hinblick auf den französischen italienischen Konkurrenzkampf um die mitteleuropäischen Kleinstaaten nicht unterschätzt werden darf. Schon die unermüdblichen Bestrebungen Frankreichs, Österreich auf dem Umweg über die von Benesch propagierte „Donau-Föderation“ auf die französische Seite zu ziehen, ließen erkennen, wie wichtig auch Frankreich dieses kleine Glied in der Kette seiner europäischen Intrigen nahm. Der Versuch Frankreichs, Deutsch-Österreich an die kleine Entente zu schmieden, ist gescheitert. Schöber hat sich für Italien entschieden. Das hat mit einer Abkehr Österreichs von Deutschland — wie das von unserer frankophilen Presse hingestellt wird — natürlich nicht das geringste zu tun. Schöber ist diesen durchsichtigen Pressemanövern ja denn auch mit erfreulicher Deutlichkeit entgegengetreten, indem er gestern erklärte: „Wer mich kennt, der weiß, daß ich der Würde unseres Landes nichts vergebe. Und an meiner Liebe zu Deutschland lasse ich von niemand rütteln! Ich bezeichne meine Reise nach Rom als einen österreichischen Erfolg, der unserer kleinen Republik dringend zu wünschen war und der durch meine bevorstehende Fahrt nach Berlin ergänzt und vervollständigt werden wird.“

Selbstverständlich kann sich das kleine, nur noch 6.5 Millionen Einwohner zählende Österreich auf keine gefährlichen außenpolitischen Abenteuer einlassen. Aber Schöbers Option für Italien — auch wenn sie im übrigen einen noch so friedlichen Charakter trägt — bedeutet schon dadurch ein bedeutsames Minimum für Mussolinis Politik, daß nunmehr die Hoffnungen Frankreichs auf eine restlose Beherrschung der Donau, die ja gerade auch für die Mittelmeer- und Orientpolitik von größter Bedeutung ist, vorerst als gescheitert zu betrachten sind. Aber auch Frankreich kann einen neuen Erfolg seiner europäischen Hegemonialpolitik buchen. Das ist die Annäherung Estlands an Polen, womit die französisch-polnische Sehnsucht nach Beherrschung der Ostsee einen weiteren Auftrieb erhält.

Eine Erleichterung für die Franzosen bedeutet auch der Rücktritt des spanischen Diktators Primo de Rivera, der den Franzosen nicht nur seines diktatorischen Regimes, sondern vor allem auch seiner italienfreundlichen Politik wegen schon immer ein Dorn im Auge war. Ob das italienisch-spanische Verhältnis durch den Rücktritt Primos eine ernste Trübung erfährt, muß abgewartet werden. Jedenfalls hätten gewisse deutsche Zetlungen besser getan, auch über diese, für Deutschland durchaus nicht ganz unwichtige Bedeutung des Rücktrittes Primo

de Riveras einige Betrachtungen anzustellen, als in allzu demagogischer und oberflächlicher Weise den „Sturz der spanischen Diktatur“ mit Pauken und Trompeten zu feiern. Es geht bei allen diesen Dingen wahrlich um mehr, als um Staatsformen. Jede Hemmung Frankreichs auf seinem Marsche in Richtung einer völligen Unterjochung Europas ist für uns Gewinn — ganz gleich, wer den Franzosen diesen oder jenen Semenschuh in den Weg legt. Jede Stärkung der französischen Position aber — das sollte man doch endlich begriffen haben! — bedeutet eine weitere Verdüsterung des deutschen Zukunftsbildes. Aber um diese ernsteren und ganz ernsten Dinge kümmert sich der Durchschnittsdeutsche nicht. Deutschland ist das Herz von Mitteleuropa. Während Mussolini und Frankreich um die einzelnen Bezirke des mitteleuropäischen Raumes, d. h. um Deutschlands Schicksal kämpfen, rüstet dieses selbst Deutschland — zum Karneval!

Es bleibt für heute noch das Attentat auf den neuen mexikanischen Präsidenten Ortiz Rubio zu berichten. Das übrigens verhältnismäßig lange hat auf sich warten lassen. Denn Mexiko ist das klassische Land der Revolutionen und Attentate. Mexiko befindet sich von jeher in einem ununterbrochenen Bürgerkrieg, der von den nordamerikanischen Rukniehern der mexikanischen Zwietschkeit immer wieder gern gesehen, gelegentlich sogar künstlich verschärft wird. Nachdem aber Morrow, der amerikanische und dem Hause Morgan sehr nahestehende Gesandte, die Wirtschaftspolitik Mexikos ganz im Sinne der nordamerikanischen Petroleum- und Finanzinteressen — und zwar mit denkbar bestem Erfolg — beeinflusst hat, scheint wirklich kein Grund zur Annahme vorzuliegen, daß auch bei diesem neuen mexikanischen Attentat der Yankee die Hand im Spiele habe. Mexiko ist eben ein Land voll innerer Widersprüche und voll primitiver Leidenschaft, für das ein paar Revolvergeschüsse kein welterschütterndes Ereignis bedeuten, auch wenn sie gegen den jeweiligen Staatsoberhaupt gerichtet sind und immer wieder das reiche und doch so arme und unglückliche Land in neue Krisen stürzen. Ob der verhaftete Sowjet-Botschafter in irgendeinem Zusammenhang mit dem Attentat steht, wird die gerichtliche Untersuchung zu klären haben.

Auch in China ist es wieder einmal zu Unruhen gekommen. Zwei Generale, die über ungefähr 20 000 Kwantzi-Truppen verfügen, sollen der Hankow-Regierung erneut den Fehdehandschuh hingeworfen haben, um sich in den Besitz von Kanton zu setzen. Tschiangkai-shek, dessen Position sich nach seinem Siege über Fong anscheinend bedeutend gefestigt hat, hofft indessen, über die neue Aufstandsbewegung in kurzer Zeit Herr zu werden und damit auch in Süchina endlich normalere Verhältnisse herzustellen. Ob es diesem tatkräftigen und bis dahin zweifellos verdienstvollen Führer Neu-Chinas gelingen wird, aus dem chaotischen Reich der Mitte die „einige, unabhängige und freie Nation“ zu gestalten, die ihm vor Augen schwebt, wird die Zukunft lehren. Zu wünschen wäre es!

Unsere Volksnot und der Rettungsweg.

Von Dr. Martin Ulbrich.

Eine Zählung der Gebrechlichen vor dem Jahre 1900 ergab das Vorhandensein von etwa 35 000 Blinden, 40 000 Ertaubten, 60 000 Epileptischen, 63 000 Schwachsinnigen und Idioten und 250 000 Verkrüppelten. Zwanzig Jahre später stellte man folgende Ziffern fest: 36 000 Blinde, 41 300 Ertaubte, 80 000 Epileptiker, 128 000 Schwachsinnige und Idioten und 370 000 Verkrüppelte. Diese hohen Ziffern fanden in der Folgezeit eine weitere Vermehrung. Blieben die Angaben für die ersten beiden Gruppen, die Blinden und Ertaubten, konstant, so stiegen die Epileptiker auf 95 000, die Schwachsinnigen und Idioten auf 290 000 und die Krüppel auf 423 000. Das sind zusammen rund 900 000 Menschen, die durch ihre Gebrechen nicht imstande sind, sich selbständig zu nähren, so daß andere mit für sie sorgen müssen. Erwägt man die ständige Steigerung dieser Not, so erhebt sich die Frage, wie lange die Allgemeinheit sie noch zu tragen vermag.

Um die ungeheuren Kosten der Anormalen für Sorge zu vermindern, hat man verschiedene Auswege gesucht. Die Euthanasiebewegung erstrebt ein Gesetz, das gestattet, die durch ihre Gebrechen asozialen Menschen mit einem schmerzlosen Gift abzutöten. Die

Anhänger der Sterilisierungsfrage wollen die Minderwertigen unfruchtbar machen, um ihrer Fortpflanzung vorzubeugen. Wieder andere suchen durch umständliche Heilverfahren zu retten, was noch zu retten ist. Aber all diese Bemühungen werden nur kleine Gruppen der Rot erfassen, ohne dem weiten Gebiete wesentlich Abbruch zu tun. Und was nützt es, einige tausend Fälle zu beseitigen? Der einzig richtige Weg ist, die Wurzeln und Quellen unserer Anormalenot besser zu erforschen, sie abzutun und auf diese Weise eine großzügige Prophylaxe zu treiben, die das Elend in seinen Keimen ersticht oder gar nicht erst aufkommen läßt.

Leider spielt bei uns die Wohnungsnot immer noch eine verhängnisvolle Rolle. Wohl hat man im letzten Jahrzehnt zahlreiche, einwandfreie Siedlungen geschaffen; aber daneben duldet man noch Wohnungen, die aller Hygiene spotten und das Gedeihen eines gesunden Nachwuchses unmöglich machen. Nicht bloß sind vorhandene Wohnstätten in erschreckendem Maße überfüllt. Viele Räume erhalten den ganzen Tag weder Sonnenlicht noch frische Luft, während Wände und Fußböden Bruchstätten von Krankheitskeimen sind.

Wie dem Wohnungswesen, so muß auch der Kleidung mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden, namentlich, was die Frauen angeht, deren Gewänder in der ungünstigen Jahreszeit dem Körper nicht den notwendigen Schutz gewähren. Man denke nur an den kniefreien Rock und den schlecht wärmebewahrenden Knieleidenstrumpf. Dazu kommen die Mängel des Schuhwerkes, die zu schmerzhaften Fußleiden führen.

Ganz besonders aber müssen die Volkslasten bekämpft werden, vor allem Trunksucht und Unzucht, die derart miteinander verbunden sind, daß erstere der Schrittmacher zur anderen ist. Beide zerrütten die Volkskraft und Gefundheit in unheimlicher Weise und bahnen den Weg zu verheerender Fäulnis. Der Kampf gegen die Trunksucht muß in doppelter Weise geführt werden, einmal dadurch, daß man die Zahl der Gaststätten und damit die Trinkgelegentlichkeit vermindert, dann, indem man den Stand der Gastwirte hebt, damit die Zahl der Ausbeuter unter ihnen geringer wird. Entfällt doch bei uns auf je 245 Einwohner eine Gaststätte. Nicht minder scharf muß das Dürrenwesen eingeschränkt werden, dem eine bedenkliche Afterkunst unter Aufpeitschung der Leidenschaften durch Bücher, Theaterstücke und Filme einen starken Vorschub leistet. Dazu kommt eine unheilvolle Aufklärung, die man pornographischen Unterricht nennen möchte. Man braucht nur an die Aufnahme zu denken, die Lindens Buch von der Kameradschaftsbeziehung bei der deutschen Jugend gefunden hat und an dem Beifall, den man schmutzigen Stücken in Theater und Kino zollt.

Der tiefste Grund unserer Volksnot ist aber die Ehezerstückung, die langsam nach dem Erlaß des Freizügigkeitsgesetzes eingesetzt hat. Seitdem werden die Menschen immer stärker durcheinander geworfen. Dazu gesellt sich der Niedergang der sittlichen Wertung der Ehe, die immer mehr zum Geschäft wird und Menschen zusammenführt, die sich am besten gar nicht hätten kennen lernen mögen. Uebereilung verhindert häufig die eingehende Prüfung der gegenseitigen Eignung. Nachher machen viele Ehegatten aneinander die betäubendsten Entdeckungen. In ihren Nachkommen mischen sich unheilvolle körperliche und seelische Nachteile. Infolge der Ablehnung des Kindererzuges werden die Kinder immer mehr unerwünschte Zufallsprodukte, die nichts von dem

Elternsegen erfahren, der ihnen Häuser baut. Dafür wirkt sich der Elternfluch in unheilvollen Vererbungen aus. So ist es denn kein Wunder, daß das Anormalenelend immer stärker anschwillt und in der Gegenwart eine erdrückende Last darstellt.

Soll es bei uns anders und besser werden, dann muß die Hilfe bei den Fundamenten unseres Volkslebens einsetzten, das heißt, die Familie muß neugebaut werden, indem das Verhältnis der Ehegatten zueinander zur alten Reinheit zurückgeführt und die Stellung der Eltern zu den Kindern und umgekehrt neu geordnet wird. Als Mittel und Maßstab muß dabei das hohe und reine Gotteswort gelten, vor allem die beiden Gottesgebote, die sich mit Ehe und Familie beschäftigen, das vierte und sechste. Hier hilft weder Kraut noch Pflaster, sondern allein Gottes Wort. Je treuer nach diesem das Familienleben geführt wird, um so kräftiger werden die Volkskräfte zurückgedrängt, um so gewisserhafter wird dem Vererbungsfluch gewehrt. Aus harmonischen Ehen gehen ungleich mehr gesunde und tüchtige Kinder hervor, als aus unharmonischen. Naturgemäß wird es in diesen Kreisen auch um die Erziehung besser bestellt sein. Nur so kann ein neues Geschlecht erwachsen, tüchtig, schaffensfroh und gottesfürchtig, das dem großen Elend unserer Tage nicht ratlos gegenübersteht. Die neue Jugend wird dagegen einen erfolgreichen Kampf führen, und aus ihr werden Männer und Frauen hervorgehen als machere Träger einer segneten Zeit, erfüllt vom Willen zum Guten und getragen von köstlichen Verheißungen, deren Erfüllung ihren ganzen Reichtum über ihre Empfänger ausgießt. Dann aber schwindet das ganze Anormalenelend bis auf einen geringen Rest, den mit festem Willen und ohne große Opfer zu tragen, keine erdrückende Sorge mehr sein wird, sondern eine erträgliche Aufgabe, deren Lösung sich in der Stille vollzieht.

Die Polemik Dr. Faure-Temps.

Im Pariser Verlag Tallandier ist vor kurzem eine Broschüre von Universitätsprofessor Dr. Faure „Die Kriegsschuldenfrage und die französisch-deutsche Annäherung“ erschienen, die viel Staub aufgewirbelt hat.

Faure, ein bekannter Mediziner, spricht in dieser Broschüre die Meinung aus, daß Deutschland, dessen Schulden bei weitem größer sind als die französischen, kaum in der Lage sein wird, 60 Jahre hindurch die ihm auferlegten Tributleistungen zu erfüllen. Er stellt fest, daß die Kriegsschuldenfrage die Welt vergifte und zu Katastrophen führen müsse. Die Befriedung der Völker könne erst dann eintreten, wenn diese Frage verschwunden sei. Das Volk, das die Initiative zu dieser Lösung ergriffe, würde die Dankbarkeit der Welt ernten. Eine Verständigung mit Deutschland könne erzielt werden, wenn das Saargebiet schon jetzt zurückgegeben, wenn in bezug auf Kamerun, auf den polnischen Korridor und Danzig eine zufriedenstellende Lösung herbeigeführt würde.

Faure ist davon überzeugt, daß die Regelung dieser wenigen Fragen Europa zweifellos den langersehnten Frieden schenken würde. Frankreich würde, führt Faure aus, einen diplomatischen Sieg erringen, der nur mit dem Marneisieg vergleichbar sei (!), wenn es zur richtigen Zeit die Initiative ergreife.

Der „Temps“ ist gegen diese Ausführungen Sturm gelaufen und hat Faure vorgeworfen, daß er, als Chirurg,

auch die politischen Fragen nicht mit therapeutischen Mitteln, sondern durch chirurgische Eingriffe bessern wolle. Mit seinen Ansichten stehe er allein. In einer Erwiderung schrieb Dr. Faure, daß eminente Persönlichkeiten seinen politischen Ansichten beigetreten seien. Der „Temps“ blieb die Antwort nicht schuldig und erklärte, daß der Gedanke, Frankreich solle Deutschland seine Forderungen erlassen, nur von Kommunisten geteilt werden könne. Das französische Blatt stellte in Abrede, daß Deutschland schlechter gestellt sei als Frankreich. Durch die Jahreszahlungen, die Deutschland nach dem Youngplan zu leisten habe, könne Frankreich lediglich seine eigenen Verpflichtungen gegenüber Amerika und England erfüllen. Was noch übrigbliebe, stelle nur die Hälfte der eigenen Reparationen dar.

Herr Professor Dr. Faure irre sich, wenn er meine, daß die Deutschen auf die Dauer nicht bezahlen werden, schreibt der „Temps“. Durch die Unterzeichnung des Youngplanes hätten die Deutschen ihren politischen Kredit gestiftet und jeder Versuch, sich der gegebenen Unterschrift zu entziehen, würde für Deutschland eine unabwendbare Finanzkatastrophe herbeiführen.

Frankreich habe Deutschland nicht bluten lassen (!). Der Reichtumszuwachs Deutschlands wird bald den relativen Wert der Reparationen vermindern (!).

Die Zahlungen, die Deutschland an Frankreich leisten muß, sollen nur 5 mal die Kriegsschuld von 1871 ausmachen (!) in Wirklichkeit betrug die Kriegsschuldigung vom Jahre 1871 etwa 2 bis 2½ Prozent des französischen privaten Volksvermögens, während der Youngplan das deutsche private Volksvermögen mit 30 Prozent belastet. Bei einer Quote von 52 Prozent macht die Belastung des deutschen Volksvermögens 15,6 Prozent aus, um allein Frankreich zu befriedigen).

Merkwürdigerweise schweigt sich der gutunterrichtete „Temps“ über die politischen Fragen aus, die Herr Faure angeschnitten hat. Geschieht dies unwillkürlich oder mit Vorbedacht? C.F.R.

Neue Baltenbundspläne.

— Warschau, 12. Februar.

Die polnische Hauptstadt feierte laut und überschwänglich den Besuch des estländischen Staatspräsidenten Strandmann und den zehnten Jahrestag der Wiedergewinnung eines Zugangs zum Meer. Die staatlichen und eine große Anzahl privater Gebäude waren besetzt, in den Straßen sah man Schüler und Militärs, die eine lange Spalierkette bildeten und im Schloß feierten die maßgebenden Männer mit Trinksprüchen die herzliche und ungetrübte Freundschaft zwischen Polen und Estland.

Verstärkt wurde die Begeisterung noch durch ein kleines Mißgeschick, das dem estländischen Präsidenten passierte, als er sich im Kraftwagen zur Universität begeben wollte, um dort den ihm zugedachten Ehrendoktorhut in Empfang zu nehmen. Mit einem brennenden Licht in der Hand sprang ein offensichtlich Geistesgestörter auf das Trittbrett des Wagens, wobei er jedoch ausrutschte und in den Schnee fiel. Die Polizei vermutete ein Attentat und nahm den Geistesgestörten schnell in Haft. Bald stellte sich jedoch heraus, daß man es tatsächlich mit einem harmlosen Geistesgestörten zu tun hatte, der in der Nacht etwas Wichtiges geträumt haben will und nun darauf brannte, seine Geschichte dem Staatspräsidenten mitzuteilen.

Hoffentlich wird der Verhaftete von den Ärzten, denen er nun übergeben wurde, von seinen Phantasien

Trotski als Spying.

Fortsetzung.

III.

Der theoretische Büchermensch, der, ohne es eigentlich zu wollen, von den Wirbeln des geschichtlichen Geschehens erfaßt worden ist, hat allmählich in sich ein lebendiges Gefühl für Geschichte ausgebildet. Dieses setzt ihn zeitweilig instand, das zukünftige Geschehen im Voraus zu deuten. Gegenüber der skeptischen Art eines früheren Mitstreiters bekennt er: „Ohne breiteste historische Prognosen konnte ich mir nicht nur keine politische Tätigkeit, sondern auch kein geistiges Leben vorstellen“. Bereits im Jahre 1905 sah er voraus, „daß die gigantische Maschinerie der deutschen Sozialdemokratie in einem für die bürgerliche Gesellschaft kritischen Moment zu einer Hauptfäule konservativer Ordnung werden könnte“. Ob er auch in seiner Deutung der vor uns liegenden Epoche recht behalten wird?

Trotski hat die Absicht, in einem weiteren Buch die Erfahrungen der Russischen Oktoberrevolution zu untersuchen und die sich hieraus für die Weltrevolution ergebenden Ausblicke darzulegen. Man kann nicht erwarten, daß das ein pessimistisches Buch werden wird. Der Revolutionär von Beruf hat warten gelernt, und menschliche Enttäuschungen können ihn an der einmal für richtig erkannten Theorie nicht irremachen. Die Entstehungsgeschichte der Trotskischen Anschauungen können wir hier ebenso wenig untersuchen, wie die Frage nach der Bedeutung der materialistischen Geschichtsanschauung. Es genügt die interessante Feststellung, daß Trotski sich lange gegen die Annahme der aus der marxistischen Theorie für die Geschichte sich ergebenden Folgerungen gewehrt und sich an die Theorie von der Vielsichtigkeit der historischen Faktoren geklammert haben will. Er behauptet: „Ich fand später bei Marx, Engels, Plechanow, Mehring eine Bestätigung dessen, was mir im Gefängnis als meine eigenen Gedanken erschienen war und was nur einer Kontrolle und Begründung bedurft hatte. Den historischen Materialismus habe ich zuerst in einer nicht dogmatischen Form aufgenommen“. Dem so im wesentlichen selbstgefundenen Leitbild ist er mit absoluter Treue ergeben. Gerade die energische Starrheit, mit der er an der „permanenten Revolution“ festhält unterscheidet ihn von früheren Kameraden des Klassenkampfes. Ich ging nicht

von der Konjunktur des Getreidemarktes und von dem Stand der Parteikasse aus, sondern von der Stellung des Proletariats in der kapitalistischen Gesellschaft“. Der Weltkrieg bedeutete für ihn eine Etappe auf dem Weg zur Revolutionierung der ganzen Welt, er war „eine Rebellion der Produktivkräfte des Kapitalismus, im Weltmaßstab gesehen — gegen den Privatbesitz einerseits und die Staatsgrenzen andererseits“. Das Proletariat mußte der Nutznießer der Rebellion werden. Während es in Rußland bereits die Macht ergriffen hatte, war Männern wie Trotski und Lenin die deutsche Revolution wichtiger als die russische. Eine schwere Enttäuschung, daß sie nachher anders ausging, als man erwartet hatte! Aber auch die russische Revolution mußte „nicht vom russischen, sondern vom Weltstandpunkt aus“ fortgeführt werden.

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir in diesem Satz den Punkt berühren finden, wo nach der Auffassung Trotskis — und nur die geht uns hier an — sich sein Weg von dem der heutigen Machthaber der Sowjetrepublik scheidet. Er will großer Geschichte dienen, aber nicht dem „Sozialismus für ein Land“. Seine Gegner, die Anhänger Stalins, haben eine ganze Literatur ins Leben gerufen, um die Geschichte der Oktoberrevolution zu fälschen. Verglichen mit ihr stellt „die Geschichte der Kirche, die von mittelalterlichen Apologeten geschrieben ist, ... ein Muster an Wissenschaftlichkeit dar“. Stalin selbst hat Eigenschaften, die Trotski abstoßen: „Die Enge der Interessen, den Empirismus, die psychologische Plumpheit und jenen besonderen Zynismus des Kleinstädtlers, den der Marxismus von vielen Vorurteilen befreit hat, jedoch ohne diese durch eine vollere Fäule und in Psychologie übergangene Weltanschauung zu ersetzen“ (von mir gesperrt). Die Politik Stalins, die schon während der Krankheit Lenins einsetzte, bezeichnet die „bürokratische Entartung der Diktatur“. „Stalinismus ist vor allem die automatische Arbeit des unperfekten Apparates am Abstieg der Revolution“. Ein Gefolgsmann Trotskis hat das, um was es sich handelt, im Blick auf ähnliche Vorgänge während der französischen Revolution so ausgedrückt: „Das ist die Reaktion nach der großen sozialen und psychologischen Anspannung der ersten Jahre der Revolution. Die stehende Konterrevolution kann ihre großen Männer haben (Napoleon). Aber ihre erste Stufe, der Thermidor, braucht

Mittelmaßigkeiten (das Direktorium!), die nicht über ihre Nase hinausschauen können. Ihre Macht ist ihre politische Blindheit, es ist wie bei einem Mühlenpferd, dem es scheint, es gehe bergauf, während es in Wirklichkeit nur das sich drehende Triebrad hinunterstößt. Ein solches Pferd ist für solche Arbeit ungeeignet“. Der geistige Kampf der Epigonen im „Thermidorianischen“ Rußland geht um die Unterschiede des Leninismus gegenüber einem angeblichen „Trotskismus“; Trotski bestreitet, was uns des näheren hier nicht angeht, daß es das gibt und daß er, wie man ihm vorwirft, die Agrarfrage, die ihm als Gutsbesitzersohn von Haus aus naheläge, je untergeschätzt habe. Was bei aller Wertung des Menschen Lenin von Trotski nicht mitgemacht wird, ist ein besonderes Kennzeichen des „Stalinismus“: „Das Verhältnis zu Lenin als zu einem Revolutionsführer wurde ersetzt durch das Verhältnis zu ihm als zu einem Oberhaupt einer Priesterhierarchie.“

Trotski sieht seine Verbannung — der sterbende Joffe hatte ihm nur den einen Vorwurf zu machen: daß er häufig auf das moralische Recht, sich durchzusetzen, verzichtet habe — als Bestandteil einer größeren Katastrophe an. „Die revolutionäre Ebbe, die Ende 1923 begonnen hatte, das heißt, nach der Niederlage der revolutionären Bewegung in Deutschland, bekam ein internationales Ausmaß“. Der Ausgang des englischen Generalstreiks im Jahre 1926 und das von Tschiankaischek entgegen allen Stalinschen Erwartungen unter den Shanghaier Arbeitern angeregte Blutbad habe dann die Enttäuschung der Massen hinsichtlich einer internationalen Umwälzung weiter verstärkt. Und, so behaupten Trotski und seine Leute: „gerade diese Enttäuschung bilde die psychologische Quelle für die Stalinsche Politik des Nationalreformismus“. Die von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei an ihn gerichtete Forderung, auf weitere politische Tätigkeit zu verzichten, hat Trotski mit einer Zusammenfassung seiner Kritik an dem Stalinschen Kurs beantwortet; die Verbannung wurde in Ausweisung verwandelt. Trotski ist nicht verbittert; er ist überzeugt, daß die Sowjetrepublik lebensfähig ist; „unser Weg ist der Weg der inneren Reform“. Darüberhinaus bleibt er dabei: „man muß die Oktoberrevolution als den Ausgangspunkt der neuen Geschichte der Menschheit in ihrer Gesamtheit betrachten“ (von mir gesperrt). „Sie ist der Versuch einer neuen Gesellschaftsordnung. Dieser

reien geheißt. Träumer aus das Projekt besten Rufe

Da sie denen in d fröhliche W ist der lägl Jahre 1922 den Besuch mann allen für den Ba historisch staaten ein dererseits. Presse des deutsche C

Glaube und Riga n den Standt Geschä dr gerechter C Polen besch Wege erst man in dem gen zu Ru tung Estlan zum nicht Handstaat Schweiz, ha blöfierungss von Finlan geographisch land und diesen Bän feiern die noch versch

Er e somit u innerungen — und auch bei den F sehr bezeich des russisch den. Der der estländ dem ganze rade sein sem Alt e feiernden Demont zang, m Meer eigen rückweisu Abgeordne einer Grei Wer sich g boziert

Reg die Grün eine San

Der Zag: die führung d brechend v famte Meid Reichsaussch Gsaonn. de

Versuch ka Grund auf ik einen g emigen Jo wird die n lution eben leht auf d fischeRevolo streitbar, f professoren Reihe von tere Ueber Trotski bei fünfzigere bens haben „Zur Zeit den Gefäng schen Regi sches Stud

Sollen die Rolle sie uns da gen, deren machen? S Glauben e Seele, die was wir f nten, ist en tiefen „hif Petrograd bemerkt, krieges im schen Bau im lokaler ische Raab ren, am seine Weile sich den A Theatre neuen Re amnist hat bog neues sich, richt Men sch

therapeutischen Eingriffe besser allein. In einer reinen Persönlichkeit treten sie. Der leidig und erklärte, Deutschland seine Interessen lediglich seine Interessen, Amerika und England nur die Hälfte, wenn er meine, bezahlen werden, unterzeichnung des politischen Kräfte, gegebenen Unter, chland eine unab, ren. bluten lassen (1), bald den tel, ern (1). Frankreich leisten, abigung von 1871, die Kriegsentfö, 2 1/2 Prozent des, während der, vermögens mit 30, 52 Prozent mach, mögens 15,6 Pro, riedigen).

adpläne.

, 12. Februar. laut und über, Staaten, der Wio, Meer. Die staar, Gebäuden waren, aller und Militär, und im Schloß, mit Trümpfen, chaft zwischen Po, ag noch durch ein, schen Präsidenten, zur Universität, geordneten Ehren, mit einem brei, ein offensichtli, des Wagens, wobel, nee fiel. Die Ro, nahm den Geistli, sich jedoch heraus, armlosen Geistes, racht etwas Wic, darauf brannte, n mitzuteilen. von den Verste, seinen Bantalle,

die nicht über ihre, ist ihre politische, blenpferd, dem es, in Wirklichkeit nur, ößt. Ein lebendes, tet". Der geistige, antischen" Rußland, nismus: gegenüber, tzt bestreitet, was, es gibt und, grorfrage, die ihm, tadellose, je unter, ung des Mens, wird, ist ein beson, : "Das Verhältnis, ihrer wurde erst, einem Oberhaupt, der sterbende Joffe, machen: daß er hüt, zusehen, verzichtet, in Katastrophe an, 23 begonnen hatte, revolutionären Be, internationales Aus, Generalfreieks im, geken entgegen allen, Shanghaier Arbeit, die Enttäuschung, nalen Umwälzung, Trozki und seine, die psychologische, Nationalreformist, der Kommunisten, f weitere politische, t einer Zusammen, schen Kurs beamt, issweltung verwan, überzeugt, daß die, Weg ist der Weg, s bleibt er dabei, s den Ausgangs, nschheit in ih, mir gesperrt). "E, tsordnung. Dieser

reien geheilt. Schade, daß man nicht auch die politischen Kräfte auf diese Art auskurieren kann, erfreut sich das Projektmachen gegenwärtig in Warschau doch des besten Rufes.

Da sind zunächst die Balkenbündnisse, denen in diesen Tagen in der polnischen Presse eine fröhliche Wiederauferstehung beschieden war. Vergessen ist der klägliche Mißerfolg dieser Bestrebungen aus dem Jahre 1922, sehen doch die Warschauer Zeitungen in den Besuch des estländischen Staatsältesten Strandmann allen Ernstes ein Zeichen dafür, daß die Zeit für den Balkenbund arbeitet. Man spricht von einem historischen Gegensatz zwischen Polen und den Randstaaten einerseits und Deutschland und Rußland andererseits. Von der Meeresseite her, so schreibt die Presse des Regierungsbüros, drohe allen Oststaaten die deutsche Gefahr, von der Landseite her die russische.

Glauben werden diese Behauptungen in Kowno und Riga nicht finden. Man weiß dort sehr wohl, daß den Randstaaten von Deutschland her überhaupt keine Gefahr droht, weil Deutschland sich auf die Herstellung gerechter Grenzverhältnisse zwischen Deutschland und Polen beschränkt und eine Revision auf friedlichem Wege erstrebt. Was aber Rußland betrifft, so hat man in den Randstaaten auf gute Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland Wert zu legen gelernt. Welche Haltung Estland in der Randstaaten-Politik einnimmt, ist zudem nicht so wichtig. Estland ist nicht nur der kleinste Randstaat — es ist räumlich etwa so groß wie die Schweiz, hat aber nur ein Drittel der Schweizer Bevölkerungszahl aufzuweisen — es ist auch, abgesehen von Finnland, der nördlichste Randstaat. Schon rein geographisch ist somit ein Randstaatenbund ohne Lettland und Litauen nicht zu verwirklichen. Und in diesen Ländern hat die ganze Art der Warschauer Feiern die schon ohnehin vorhandene Verstimmung noch verschärft!

Der estländische Staatsälteste Strandmann wird somit mit einer Reihe angenehmer persönlicher Erinnerungen von Warschau nach Reval zurückgekehrt sein — und auch mit dem Bewußtsein, daß alle Begeisterung bei den Festen realpolitisch nichts ändern wird. Als sehr bezeichnend verdient übrigens noch das Verhalten des russischen Gesandten in Warschau erwähnt zu werden. Der russische Gesandte hatte an dem Tage, da der estländische Staatsälteste auf dem Bahnhof von dem ganzen polnischen Kabinett empfangen wurde, gerade sein Beglaubigungsschreiben überreicht, nach diesem Akt aber rasch Warschau verlassen, damit die Feiern unter sich waren!

Für Deutschland von Bedeutung sind noch die Demonstrationen gegen jede Grenzänderung, mit denen man die Feier des Zugangs zum Meer eigenartiger Weise verknüpft hatte. Schärfste Zurückweisung verdienen daher die Bedenken des Abgeordneten Beresowski, nach denen jeder Versuch einer Grenzänderung für Polen den Krieg bedeutet. Wer sich gegen friedliche Revisionen sträubt, der provoziert gewaltsame Explosionen!

Regierung für Youngplan.

Die Gründe der Reichsregierung für ihre Zustimmung. Keine Sanktionen mehr. — Baldiger Abschluß der Saar-Konferenz erwartet.

— Berlin, den 11. Februar 1930.

Der Reichstag hatte heute seinen „Großen Tag“: die erste Lesung der fünf Gesetze zur Ausführung des Youngplans. Saal und Tribünen waren brechend voll. Auf der Regierungsbank hatte das gesamte Reichskabinett Platz genommen. Als erster nahm Reichsaussenminister Dr. Curtius das Wort. Dann sprach, den Reichskassen des Reichsrats entprechend,

Versuch kann sich wandeln, umgestalten, vielleicht von Grund auf. Er wird auf dem Fundament der neuen Technik einen ganz anderen Charakter annehmen. Aber nach einigen Jahrzehnten und später, nach Jahrhunderten, wird die neue Gesellschaftsordnung auf die Oktoberrevolution ebenso zurückzuführen, wie das bürgerliche Regime jetzt auf die deutsche Reformation oder auf die französische Revolution zurückzuführen. Das ist so klar, so unbestreitbar, so unerschütterlich, daß es sogar die Geschichtswissenschaften begreifen werden, allerdings erst nach einer Reihe von Jahren. — Ob unsere Generation noch weitere Überraschungen größten Stils erleben wird? Ob Trozki bei ihnen eine Rolle spielen könnte? Er ist erst fünfzig; alle Strapazen seines hieran überreichen Lebens haben ihm bisher nichts angetan vermocht. — Und: „Zur Zeit vertiefen Tausende junger Revolutionäre in den Gefängnissen und den Verbannungsorten des Stalinschen Regimes ihre politische Erfahrung durch theoretisches Studium“.

IV.

Sollen wir hier noch Betrachtungen anstellen über „die Rolle des Persönlichen in der Geschichte“? Können sie uns das tief dämonische der geschichtlichen Umwälzungen, deren Zeitgenossen wir sind, irgend begreiflicher machen? Stellen wir uns noch einmal den ungeheuren Glauben an die Gewalt theoretischer Einsicht vor die Seele, die wir an Trozki wahrnehmen. Demgegenüber, was wir für gewöhnlich „geschichtliche Wirklichkeit“ nennen, ist er in keiner Weise blind. Er spricht von dem tiefen, „historischen Antagonismus zwischen Moskau und Petrograd“, der den Oktobersturz überlebt. Oder er bemerkt, daß die „besondere Grausamkeit des Bürgerkrieges in Südrußland sich aus der Erbfeindschaft zwischen Bauern und Kosaken erklärt, „deren Wurzeln tief im lokalen Boden lagen“. Aber die neugebildete baskische Kavalleriedivision will er nach Petrograd dirigieren, „um den Steppensöhnen die Möglichkeit zu geben, seine Weise in der Kulturumgebung der Stadt zu leben, sich den Arbeitern anzunähern, Klubs, Meetings, Theater zu besuchen“ (Sperrung von mir.). Von den neuen Revolutionstruppen heißt es weiter: „Der Rotarmist hatte nun kräftige Kost, wechselte seine Wäsche, zog neues Schuhzeug an, hörte eine Rede, richtete sich, richtete sich auf — und wurde ein neuer Mensch“ (Sperrung v. o.). (Fortsetzung folgt.)

die Debatte. Ein deutschnationaler Antrag, die Aussprache auf den nächsten Tag zu vertagen, wurde abgelehnt.

Zu Beginn der Sitzung erhoben sich die Abgeordneten zum Gedächtnis des verstorbenen Juristen und Parlamentarikers, Dr. Paul Levi, dessen Platz mit seinem Glieder geschmückt war; Reichstagspräsident Loh hielt eine kurze Gedenkrede.

Reichsaussenminister Dr. Curtius,

der dann das Wort nahm, erinnerte zunächst an die Regierungserklärung vom Juli 1928, mit der drei Forderungen aufgestellt worden waren: Befreiung des Rheinlandes, Lösung der Saarfrage, endgültige Regelung der Reparationsfrage. Am Ende eines anderthalbjährigen Ringens steht der feste Termin der vollständigen Räumung des Rheinlandes, ein unsere Lasten erleichternder neuer Reparationsplan und die deutsch-französische Saar-Konferenz.

Es war sehr erwünscht, so fuhr Minister Dr. Curtius fort, auch die Saarfrage gleichzeitig mit den anderen Fragen zu lösen. Durch die Neubildung der französischen Regierung verzögerte sich jedoch der Beginn der Verhandlungen. Bei der Kompliziertheit der Aufgabe lassen sich die Verhandlungen auch nicht in kurzen Terminen durchführen. Es läge nicht in deutschem Interesse, diesem Umstand keine Rechnung zu tragen. Wir führen die Verhandlungen aber mit dem selbstverständlichen Ziele, sobald wie möglich die restlose Eingliederung des Saargebietes in die deutsche Souveränität zu erreichen. Ich habe nach dem augenblicklichen Stand der Dinge keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß sie auch von der Gegenseite mit dem positiven Willen zu baldmöglichstem Abschluß geführt werden.

Nedner gab dann einen Überblick über die Verhandlungen des letzten Jahres und betonte dabei, die Reparationsverhandlungen seien schwieriger gewesen als die eigentlichen politischen Verhandlungen. Stresemann habe im Haag seine letzte Kraft an die Befreiung des Rheinlandes gesetzt, und es sei sein Stolz gewesen, daß er die Befreiung ohne die Einsetzung eines Kontrollausschusses erreicht hätte. Der Tag der Befreiung des Rheinlandes sei ein denkwürdiger Augenblick, in dem schwere Beschränkungen und Sorgen ausgeblüht würden. Minister Dr. Curtius machte dann folgende Feststellungen:

Schutz gegen Willkür und Gewalt.

Das Versailles Sanktionsystem einschließlich seines Artikels 430 ist beseitigt, Deutschland ist in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Willkür und Gewalt geschützt. Die Gläubigerregierungen haben selbst im äußersten Fall nicht das Recht, auf Grund einseitiger Annahmen und Behauptungen gegen Deutschland vorzugehen.

Nach der neuen Regelung der Reparationsfrage besteht die Garantie der Gläubigerregierungen in der von Deutschland unter eigener Verantwortung übernommenen freiwilligen Verpflichtung, die festgesetzten Annuitäten gemäß den Bestimmungen des Planes zu zahlen. Die Reparationskommission hat keine Funktionen mehr anzunehmen. Sie bei dieser Gelegenheit ausgetauschten Erklärungen beziehen sich auf den Fall, daß in Zukunft einmal eine deutsche Regierung den Plan absichtlich zerrissen könnte.

Sie stellen fest, daß die Gläubigerregierungen selbst im äußersten Falle nicht das Recht haben, auf Grund einseitiger Annahmen und Behauptungen gegen Deutschland vorzugehen. Erst nach einem für Deutschland ungünstigen Spruch der höchsten internationalen Instanz erhalten sie das Recht voller Sanctionsfreiheit wieder, nachdem also auch Deutschland die Handlungsfreiheit eigenmächtig für sich in Anspruch genommen hat.

Die deutsche Delegation hat den Austausch dieser Erklärungen für notwendig gehalten, um keine Anklage heit bestehen zu lassen.

Der Minister behandelte dann die bei den Haager Verhandlungen über den Youngplan gemachten Aufstellungen. Eine Mehrbelastung Deutschlands sei nicht eingetreten. Einen breiten Raum nahmen seine Ausführungen über

die Liquidationsabkommen

ein. In England unterlege die Freigabe großer Anlagen. Dem Bedauern, daß der Reichsrat namentlich wegen der Haltung Englands ausgesprochen habe, könne er sich nur anschließen. Er schloß sich aber weiter auch der Auffassung an, daß in der Verweigerung der Ratifizierung kein Vorzeil liege.

Die Aussprache im Reichstag.

Die Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius im Reichstag mündete im einzelnen noch in der Einführung folgender fünf Gründe der Reichsregierung für ihre Zustimmung zum Youngplan:

Erstens waren nach dem Dawesplan die Verpflichtungen Deutschlands unbegrenzt, dazu kommt, daß der Dawesplan nur ein Versuch zur Lösung der Reparationsfrage sein sollte. Zweitens sind die Youngzahlen im Jahresdurchschnitt um etwa 500 Millionen Mark niedriger als die Daweszahlungen. Drittens haben die Schutzmaßnahmen des Dawesplanes die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt, ist doch von der Ausdehnung der Zahlungen trotz der Rot der letzten fünf Jahre nicht einmal Gebrauch gemacht worden. Nach dem Youngplan können wir die Zahlungen aussetzen. Viertens war der Dawesplan erlaßt durch die Einräumung weitgehender Kontrollrechte an die Gläubigerregierungen. Fünftens wird Deutschland mit der Inkraftsetzung des Youngplans von fremder Besatzung und fremder Kontrolle frei.

Auch die Reichsregierung sei sich der Schwere der Last, die auf zwei Generationen gelegt werde, voll bewußt. Auch sie hätte gewünscht und erwartet, daß die Gläubiger-Sachverständigen trotz aller Verächtlichkeit politischer Faktoren zu einer geringeren Bemessung der deutschen Verpflichtungen gelangen würden.

In der der Ministerrede folgenden Debatte kam es zu Beginn der Ausführungen des deutschnationalen Parteiführers Eugenberg mehrfach zu Zwischenfällen. Der Präsident mußte wiederholt Abgeordnete wegen ihrer Zwischenrufe zur Ordnung rufen, so den sozialdemokratischen Parteivorstand Wels.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.), der als erster Redner das Wort ergriff, erklärte, wir liegen an der Vollständigkeit und Endgültigkeit des Youngplans sehr nahe. Er hat auch viele große Mängel. Die Au

stimmung zum deutsch-polnischen Abkommen fällt auch uns nicht leicht. Aber wir müssen uns mit den Polen abfinden und zu einem modus vivendi kommen. Wir sind mit dem Zentrum durchaus einverstanden damit, daß gleichzeitig mit dem Youngplan auch eine Klärung über die finanzielle Ordnung erfolgt. Wir stimmen den Younggeboten zu, weil wir darin einen weiteren Schritt auf dem Wege sehen, der vorwärts und aufwärts führt.

Abg. Eugenberg (Dk.): Der Entschluß, vor dem der Reichstag stehe, greife an die Befähigung des Volkes. Niemand in Deutschland habe bisher die Erfüllbarkeit des Youngplans behauptet. Auch das Ausland erkenne seine Unvollständigkeit an. Trotzdem verlange es die Unterzeichnung und Sanktionsklausel. Angesichts der Unvollständigkeit des Vertrages bedeute diese fast so viel, wie eine Vollmacht zur Verführung des Volkes. (Zurücknahme rechts, Unruhe links.) Die große Frage dieser Woche ist, wer diese Verantwortung tragen will. Eine erfolgreiche deutsche Regierung kann nur auf dem Willen zur Freiheit und zur Kultur, also auf der Ablehnung dieses Falles aufgebaut sein. Wir kämpfen aus vaterländischer Lieberzeugung gegen den Youngplan. Ein ehrliches Nein wird im Ausland besser verstanden und gewertet als ein unehrliches Ja. (Beifall rechts.) Die Polenvertreter bedeuten in ihrer Auswirkung die höchste Gefährdung des deutschen Lebens und damit der deutschen Zukunft. (Zurücknahme rechts, Unruhe links.) Im Bewußtsein unserer Verantwortung richten wir in letzter Stunde an die Parteien die nicht an die marxistische Erfüllungspolitik gekettet sind, nochmals die Bitte, Bindungen abzulegen, die fürchtbarer und gefährlicher sind als diejenigen von Versailles. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Brüning (Hr.) erklärte, die Betreffungsklausel lasse alles vermissen, was man Vornachgefühl nennen könne. In der Saarfrage habe Frankreich durch seine Haltung nicht den Glauben an seinen Verhandlungswillen gestärkt. Schmerzlich seien die Schwierigkeiten festzustellen, die England in der Liquidationsfrage gemacht habe. Beim Polenabkommen nehme Deutschland offensichtlich große finanzielle Opfer auf sich. Das Zentrum werde diesem Abkommen nicht zustimmen können, bevor ihm nicht gegeben würden. Die letzten Neuerungen der polnischen Regierungsbefehle über die Zusammenkunft mit den leitenden Staatsmännern ließen wenig Hoffnung auf ein besseres Verhandlungs in Polen für die deutsche Botschaft aufkommen.

Das Zentrum könne den Younggeboten endgültig nur zustimmen, wenn vorher volle Klarheit über die Finanzlage und über die finanziellen Folgen des Youngplans gegeben ist.

Abg. Thälmann (Komm.) bezeichnete den Youngplan als einen Fakt, dem die Kommunisten niemals zustimmen würden.

Abg. Freiherr v. Rheinbaben (D. Wp.) betonte die grundsätzliche Einstellung seiner Partei zur Außenpolitik der letzten Jahre. Ohne eine Enttarnung der Besatzung von deutschem Boden fehle die elementare Voraussetzung für eine nach neuer Macht und Geltung strebende Entwicklung. Auch die deutsche Volkspartei teile die baneale Sorge, ob Deutschland die neuen, immer noch außerordentlich schweren Lasten werde tragen können. Es könne aber festgestellt werden, daß der neue Plan im Vergleich zum Dawesplan in finanzieller Beziehung immerhin ein erheblicher Fortschritt sei, der auch eine Sicherung gegen Umwälzungen und die Möglichkeit einer wirklichen späteren Entlastung bringe. Einem Verzicht auf die deutschen Offiziere werde seine Partei niemals zustimmen.

Abg. Bredt (Wirtsch.) erklärte, seine Partei habe die Verhandlungsbestrebungen stets unterstützt. Die heutige Finanzkrise sei durch die Unklarheit herbeigeführt worden, wer aber heute Herrn Eugenberg gehört habe, müsse überzeugt sein, daß eine Reichsregierung und keine Lösung bringe. Die Reichsbank müsse frei bleiben von politischen Einflüssen. Die Wirtschaftspartei könne die Verantwortung für die Annahme des Youngplans nicht mitübernehmen.

Abg. Becher (Wirtsch.) forderte vor der Annahme des Youngplans verbindende Angaben über die zukünftige Gestaltung der Finanzabklärung. Erst nach der Räumung der Rheinlande könne die rheinische Bevölkerung in voller Freiheit der Verständigung mit Frankreich dienen.

Abg. Reventlow (Nat.-Soz.) erklärte, die Younggesetze dienen nicht der Liquidation des Krieges, sie seien verfassungswidrig. Die Nationalsozialisten verlangen die Inkraftsetzung des Freiheitsgesetzes, das verfassungsmäßig durch den Volksentscheid anerkannt worden sei. Die Haltung des Reichspräsidenten sei nur dadurch zu erklären, daß man ihm die Wahrheit vorenthalte. Er werde sich den Dank des Volkes erwerben, wenn er den Plan nicht unterschreibe; tue er es doch, müsse man mit Bedauern feststellen, daß er den Anforderungen nicht genüge, die jeder deutschglühende Mensch an ihn stelle.

Das Haus vertagte sich dann auf Mittwoch 13 Uhr.

Gefahrgemeinschaft abgelehnt.

Von allen Seiten. — Verankerung der Vorzugsaktien der Reichsbahn?

— Berlin, 12. Februar.

Reichsfinanzminister Dr. Mosdenbauer hatte im Reichstag eine Besprechung mit den Finanzsachverständigen der Fraktionen über die Gestaltung des Etats für 1930. Der Reichsfinanzminister wies dabei darauf hin, daß Gemeinden saniert werden müßten und daß eine Entlastung der Wirtschaft nur auf diesem Wege erreicht werden könne. Er sagte zu, daß der Etat mit möglicher Beschleunigung im Reichskabinett verabschiedet werden würde.

Bei der anschließenden Erörterung wurde in erster Linie die Frage der Arbeit an die Arbeitslosenversicherung im Jahre 1930 besprochen. Es bestand Uneinigkeit darüber, daß der Plan, die verfügbaren Gelder der sozialen Versicherungsträger für diesen Zweck heranzuziehen, nur so gedacht sei, daß hierdurch keine Gefahrgemeinschaft mit der Arbeitslosenversicherung herbeigeführt und wenn völlige Sicherheit gegen Verluste der sozialen Versicherungsträger gegeben würde.

In Ergänzung dieser Meldung erfahren wir noch, daß nach der Ablehnung der Errichtung einer Gefahrgemeinschaft der Sozialversicherungsinstitute angeregt wurde, ob man den Selbsttrag der Arbeitslosenversicherung nicht durch die Veräußerung der Vorzugsaktien der Reichsbahn decken könne.

Die Besprechungen werden im Laufe der nächsten Tage fortgesetzt werden.

Sadett überreicht sein Beglaubigungsschreiben.

Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten, Sadett, begibt sich am heutigen Mittwoch in das Reichspräsidentenpalais um sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen.

Schober steht zu Deutschland.

Scharfe Zurückweisung der Falschmeldungen. — „An meiner Liebe zu Deutschland lasse ich von niemandem rütteln.“

— Wien, 12. Februar.

Der Bundeskanzler Deutsch-Oesterreichs, Schober, sprach in Wien über seine Reise nach Rom und wandte sich dabei scharf gegen die Falschmeldungen, die von einem angeblichen Verzicht auf den Anschluß wissen wollten. Er führte aus:

„Meine Reise nach Rom konnte unter wesentlich günstigeren Umständen von mir als dem Vertreter des im Haag wieder freigewordenen Oesterreich übernommen werden. Statt sich zu freuen, daß Deutsch-Oesterreich wieder einmal zur Geltung kam, erging sich ein — allerdings verschwindend geringer — Teil der Presse in kleinlichen Befürchtungen.“

Es wurden zur Beunruhigung unserer öffentlichen Meinung und auswärtiger Staaten falsche Nachrichten verbreitet in der offenkundigen Absicht, unsere in tausendjähriger Geschichte unseres Volkes begründete Blutsbrüderlichkeit zu Deutschland und das kaum angebahnte Verhältnis zu Italien zu töten. Aber wir werden dafür sorgen, daß diese Autoren nicht auf ihre Rechnung kommen. An meiner Liebe zum deutschen Volke lasse ich von niemandem rütteln!

So bezeichne ich meine Reise nach Rom als einen österreichischen Erfolg, der unserer kleinen Republik dringend zu wünschen war und der durch meine bevorstehende Fahrt nach Berlin ergänzt und vervollständigt werden wird.“

Politische Rundschau.

— Das Reichsjustizministerium hat Anweisung erteilt, den bei der Reichsanwaltschaft als Hilfsarbeiter beschäftigten Staatsanwaltschaftsrat Haugl nicht weiter zu beschäftigen.

— Neue Platzverteilung im Reichstag. Die Nationalsozialisten, die ihre Plätze im Reichstag bisher hinter den völksparteilichen Reihen hatten, sind jetzt auf der äußersten Rechten untergebracht worden. Die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft sitzt zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.

— Der nationalsozialistische Studentenbund an der Universität Adln ist von Rektor und Senat vorläufig verboten worden.

— Gewerbesteuer oder Vermögenssteuer? Die Wirtschaftspartei im Preussischen Landtag fordert in einem

Antrag die Aufhebung der Gewerbesteuer und ihre Ersetzung durch eine allgemeine Berufssteuer.

Die Gehälter der Berliner Verkehrsdirektoren.

— Berlin, 11. Februar. Im Senats-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags berichtete Stadtrat Reuter über die Gehälter der Direktoren der Berliner Verkehrsgesellschaft. Mit vier von ihnen wurde ein Vertrag abgeschlossen, der ein Jahresgehalt von 36 000 Mark und die Beteiligung an den Einnahmen vorsieht, so daß insgesamt etwa ein Jahresgehalt von 72 000 Reichsmark herauskommt. Der fünfte Direktor hatte schon seit 1924 eine höhere Vertragssumme durch einen größeren Beteiligungssatz. Er kam auf über 300 000 Mark im Jahre. Diese Summe ist jetzt so herabgesetzt, daß in diesem Jahre etwa 130 000 Mark herauskommen werden. Dieser Vertrag läuft jetzt ab und wird auf der bisherigen Grundlage nicht verlängert werden.

Rundschau im Auslande.

— Der frühere englische Außenminister Chamberlain will sich nunmehr völlig aus dem politischen Leben zurückziehen; Chamberlain ist 66 Jahre alt.

— Von den unter der Herrschaft Primo de Ribera gemäßigten spanischen Offizieren sind 5 Obersten, 26 Oberleutnants, 49 Majore, 93 Hauptleute und 83 Leutnants wieder in den aktiven Dienst übernommen worden.

— Der Oberste Gerichtshof in Palästina hat 24 im Zusammenhang mit den Unruhen verhängte Todesstrafen bestätigt.

Frankreich will seinen Frontkämpfern Pensionen zahlen.

— Die französische Regierung will dem Parlament eine Vorlage unterbreiten, nach der die ehemaligen Frontkämpfer, soweit sie als solche eingetragen sind, bei Erreichung des 55. Lebensjahres 500 Franken jährlich und vom 60. Lebensjahre ab 1200 Franken jährlich als Pension gezahlt werden. Die Ausgabe des ersten Jahres wird sich auf 175 Millionen Franken belaufen.

Arbeitslosenunruhen in Cleveland.

— New York, 12. Februar. 1500 Arbeitslose stürmten am Dienstag das Rathaus in Cleveland im Staate Ohio. Nachdem die gesamte Polizeimacht der Stadt eingesetzt war, konnte der Aufruhr niedergeschlagen werden. Bei dem Zusammenstoß gab es zahlreiche Verletzte.

— In Stockholm kam es infolge eines Bauarbeiterstreiks zu für schwedische Verhältnisse ungewöhnlich schweren Ausschreitungen, bei denen ein großes Polizeiaufgebot mit gezogenem Säbel eingesetzt wurde.

Wem empfehlen Sie in letzter Zeit den „Aufwärts“?

Explosion auf der „München“.

Das Schiff im New Yorker Hafen gesunken. Der am 30. Januar von Bremen abgefahrene und am Dienstag in New York eingetroffene Dampfer „München“ des Norddeutschen Lloyd ist durch Feuer zerstört und gesunken.

Der Dampfer war gerade angekommen und hatte am Pier festgemacht und die 206 Passagiere hatten begonnen, von Bord zu gehen, als dicke Rauchwolken aus dem Schiff herausquollen, worauf sofort das Alarmsignal.

„Feuer im Schiff“

den Dampfer durchgeleitet. Der Umstich der Schiffsleitung gelang es, eine Panik zu verhindern und alle 206 Passagiere sicher an Land zu bringen. Der Kapitän ließ alle Feuerlösch- und Sicherheitsmaßnahmen ergreifen und auch die New Yorker Feuerwehr griff alsbald in die Katastrophe ein. Dennoch erwies sich eine Rettung des Schiffes als unmöglich. Es folgten noch mehrere Explosionen, wobei drei Feuerwehreinheiten verletzt wurden. Das Schiff mußte schließlich unter Wasser gesetzt werden.

Die rauchenden Trümmer der München.

— New York, 11. Februar. Das Achterschiff der „München“ ist jetzt vollständig ausgebrannt. Der Dampfer ist gesunken und der Schiffskörper ruht auf dem Boden des Hudson-Rivers, der am Pier 14 Meter tief ist. Der Oberbau des Schiffes ragt aus dem Wasser empor. Der Brand wütet weiter.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer. Heute, Mittwoch, 8 1/2 Uhr: Turnen. Donnerstag, 8 1/2 Uhr: Jugendabend in Gofen.

— Oratorienchor. Da die Aufführung des „Selig aus Gnaden“ schon bald erfolgen soll, ist es recht unangenehm, daß die Proben unregelmäßig besucht werden. Die Sänger werden freundlich gebeten, zu den wenigen Uebungen (Donnerstags 8 Uhr) ganz vollständig zu erscheinen.

Aufwärts-Leser

in der Provinz Hannover

die für die Arbeit des Christlich-sozialen Volksdienstes Interesse haben, werden gebeten, ihre Anschrift an den Christlichen Volksdienst, Landesverein Hannover, Hannover, Arismadstraße 8, mitzuteilen.

Bilder aus Sowjetrußland

von A. Kroeber, 160 Seiten, 5 Bilder, M. 2.25.

Wer an der Not des russ. Volkes und uns, dort, deutschen Landsleute nicht gleichgültig vorübergehen will, der lese und verbreite dieses erschütternde schlichte Zeugnis eines Opfers der Tyche. Gegen Entsendung des Betrages und 30 Pfg. Porto franco vom Verlag Th. Urban, Striegau, sowie durch jede gute Buchhandlung.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955



Dies ist das Zeichen der guten Uhr.

Herrenuhren — Armbanduhren

Große Auswahl in allen Preislagen.

H. Breder, Bielefeld

Gütersloherstr. 14 Fernsprecher 1012

Der deutsche Rundfunk
hat seinen Programmteil
wieder um 8 Seiten erweitert!

jede Woche

nach wie vor die Zeitschrift
mit dem ausführlichsten
Funkprogramm der Welt!

80 Seiten für 50 Pf. • Monatsbezug RM 2.—
Bestellen Sie beim Postamt oder Buchhandlung
Probeheft umsonst v. Verlag Berlin N 24

Suche für meinen Pflegejungen

(Vollwaise) zum 1. April

Stellung

in christl. Hause, zur weiteren Ausbildung im Geschäft od. Büro. Möglichst mit Familienanschluß. Selbiger hat 3 Jahre in einem Eisen- und Kolonialwarengeschäft gelernt und war 1 Jahr in selbigem Geschäft als Handlungsgehilfe tätig. Friedrich Klenke, Hörter (Wefer), Hermannstr. 21.

Zu sofort ein älterer

Gehilfe

für Büfett und Hausarbeit gesucht. Bewerber wollen Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung (bei freier Station und Kassen) einreichen unter M 6130 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Freundliches

möbl. Zimmer

innerhalb Bethels gesucht. Angebote unter M 6153 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Christlich gesinnte

Lehrkräfte

(mit oder ohne Internatsdienst) gesucht.

Pädagogium Dr. Reuße
Köslin (Pommern)

Abgebaute

Masch.-Ingenieur

31 Jahre, sucht Stellung im Betrieb od. i. techn. Büro. Zuschrift. unter M 6144 a. d. Gesch. d. Bl.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld ist die Echtheit meines

Bienen-Honig

10 Pfd. Dof. 11. 20 RM, vorwiegend. Alee-Rindenblüte 12.90 RM, halbe Dof. 6.35 RM u. 7.40 RM, 1 1/2 Pfd. Dof. 2.05 RM u. 2.30 RM frei Haus. Nachnahme 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.

Lehrer i. R. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.

Dieser Honig ist auch in Ophir vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Gallenstein-Tee

Eine Monatskur Nachnahme 5,10 Mk. Hervorragendes Vorbeugungsmittel bei chronischen Gallensteinkrankungen. Apotheke, Christiansdamm am Bober.

Hospize und Heime.

Haus Bergblick, Luftkurort Mellenburg, freundl. ruh., sonniges Heim im Park unterhalb des Bodens. Nebstg. einget. Zimmer mit und ohne Pension. Mäßige Preise. Ausf. Auskunft erteilt Tabea Sprid (vorm. Frau Pastor W. Sprid).

Christliches Hospiz Wittenberg (früher Kreuz-Hotel), Bielefeld. Schöne 2. u. 3. Stockwerke mit schöner Aussicht auf das Gebirge. Zimmer mit fließend. Wasser, Zentralheizung, Bad, elektr. Licht, Fernruf 765. 40 Betten von 2,50 bis 5.— Mk. Borsalio Ermäßigung. Besitzer: August Kühn.

Adln a. Rh. Christl. Hospiz, Hotel Fernes. Inh.: Fritz Kraus, Diakon Johannstr. Nr. 77, Tel. Bielefeld 3592. Preis zu vermindern mit Johannisstube Nr. 39. Freundl. Zimmer mit guten Betten! Borz. Bügel bürgerliche Küche! Mäßige Preise!

Biden, Bielefeld, Weg. Wiesbaden. Land- u. Jagdheime „Bennhof“. Preis zu vermindern mit Johannisstube Nr. 39. Freundl. Zimmer mit guten Betten! Borz. Bügel bürgerliche Küche! Mäßige Preise!

Bielefeld, Christl. Hospiz, Hofstraße 14. Inh.: Herrn für Jnn. Witten. Strassenbahn 2 und 16. Fernruf 1680 und 1791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Stolberg-Harz. Christl. Erholungsheim. Inh.: Herr. Witten. Strassenbahn 2 und 16. Fernruf 1680 und 1791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Wab Bippelrings. Christl. Erholungsheim. Inh.: Herr. Witten. Strassenbahn 2 und 16. Fernruf 1680 und 1791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Wab Bippelrings. Christl. Erholungsheim. Inh.: Herr. Witten. Strassenbahn 2 und 16. Fernruf 1680 und 1791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Wab Bippelrings. Christl. Erholungsheim. Inh.: Herr. Witten. Strassenbahn 2 und 16. Fernruf 1680 und 1791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Wab Bippelrings. Christl. Erholungsheim. Inh.: Herr. Witten. Strassenbahn 2 und 16. Fernruf 1680 und 1791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Wab Bippelrings. Christl. Erholungsheim. Inh.: Herr. Witten. Strassenbahn 2 und 16. Fernruf 1680 und 1791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Wab Bippelrings. Christl. Erholungsheim. Inh.: Herr. Witten. Strassenbahn 2 und 16. Fernruf 1680 und 1791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Wab Bippelrings. Christl. Erholungsheim. Inh.: Herr. Witten. Strassenbahn 2 und 16. Fernruf 1680 und 1791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Wab Bippelrings. Christl. Erholungsheim. Inh.: Herr. Witten. Strassenbahn 2 und 16. Fernruf 1680 und 1791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Wab Bippelrings. Christl. Erholungsheim. Inh.: Herr. Witten. Strassenbahn 2 und 16. Fernruf 1680 und 1791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Wab Bippelrings. Christl. Erholungsheim. Inh.: Herr. Witten. Strassenbahn 2 und 16. Fernruf 1680 und 1791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.